

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Begründet 1870

Freitag den 11. Juni 1920

Wiederholte Stellung im Oberamtsbezirk. — Wichtigen sind daher von bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben gegeben. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Angaben. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Angaben.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold
Postfachkonto:
Stuttgart 5112.

Nr. 133

Freitag den 11. Juni 1920

94. Jahrgang

Das Rätsel.

Unter obiger Überschrift schreibt H. P. in der „Südb. Ztg.“

Der Richterpruch des deutschen Volkes am 6. Juni beginnt die notwendigen und entscheidenden praktischen Folgen zu zeitigen. Noch ehe das Wahlergebnis vollständig vorliegt, am Dienstag mittig schon, hat die Regierung Müller ihren Abschied genommen und das inzwischen benötigte Vorgehen hat bestimmt, daß sie damit keine bloße Formalität erfüllte, daß tatsächlich die bisherige Regierungskoalition unmöglich geworden ist. Selbst die letzte Hoffnung der Regierungsparteien auf eine, wenn auch noch so geringe Mehrheit, die übrigens unter gar keinen Umständen mehr hätte regierungsfähig sein können, ist zusammengebrochen; sie sind zur klaren Minderheit herabgesunken. Kein mathematisch genommen, unter Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte, ergeben sich für die Bildung einer neuen Regierung folgende Möglichkeiten:

1. eine Verbreiterung der bisherigen Koalition nach links unter Zuziehung der Unabhängigen (297:163);
2. eine Verbreiterung nach rechts durch Zuziehung der Deutschen Volkspartei (278:182);
3. eine Verbreiterung nach links und rechts durch Zuziehung der beiden genannten Parteien (358:102).

Nur diese letztere Möglichkeit würde für die Regierung eine Zweidrittel-Majorität, die beiden ersteren lediglich eine relative ergeben. Politisch betrachtet muß aber der letztere Fall ohne weiteres ausscheiden, denn ein Zusammengehen von Unabhängigen und Deutscher Volkspartei ist unter allen Umständen ein Ding der Unmöglichkeit. Selbst der erste Fall wird allem nach an dem Widerstand der Unabhängigen scheitern, obwohl von mehrheitssozialistischer Seite alle Bedenken in Bewegung gesetzt sind, um eine solche Lösung zu erreichen. Es fragt sich aber sehr, ob die bürgerlichen Mitglieder der bisherigen Koalition, Demokratie wie Zentrum, bereit sein würden, diesen Weg mitzuschlagen, selbst wenn es der Mehrheitssozialdemokratie gelänge, den Widerstand der Unabhängigen zu brechen. Beide Parteien haben im Wahlsatz eine solche deutliche Lehre bekommen, daß sie es aus parteipolitischen Erwägungen schon gar nicht wagen werden, den Kurs nun noch weiter nach links abzuweichen. Tatsächlich würden sie aber in einer solchen Kombination noch weit mehr als bisher das bedeutungslose Anhängsel einer beherrschenden sozialistischen, nur bedeutend radikaleren Mehrheit sein. Es bleibt also wohl nur der zweite Fall als überhaupt in Erwägung zu ziehende Möglichkeit übrig: ein Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition. Daß die Deutsche Volkspartei dazu durchaus bereit wäre, hat sie wiederholt zu erkennen gegeben.

Dieser Möglichkeit aber, die wohl auch von den Demokraten durchaus begriffen würde, steht nach wie vor ein schroffes Nein der Sozialdemokratie gegenüber, die sich so, wie erinnerlich, schon im Wahlkampf mit einer decorativen Dage auseinandergesetzt und sich ihren Wählern gegenüber mit ihrer abtönenden Haltung gewissermaßen festgelegt hat.

Erst der kommende Sonntag wird wohl darüber entschieden, ob es mit dieser Ablehnung für alle Fälle sein Bewenden haben wird. Ob man eine solche Lösung aber als glücklich ansehen könnte, ist eine Frage, die auch mit einem Wechsel in der mehrheitssozialistischen Haltung noch lange nicht gelöst wäre. Die „Deutsche Volkspartei“ kann keineswegs, und sie beabsichtigt das allem nach auch nicht, auf gewisse grundsätzliche Forderungen verzichten, auf die eingezogene der Sozialdemokratie um so schwerer fallen wird, je mehr sie durch die Abwanderung ihrer bisherigen Anhänger ins radikale Lager betroffen worden ist. Denkbar wäre eine solche Lösung nur dann, wenn die neue Regierung von vornherein auf eigenständiges Programm verzichten, sich von Anfang an mit der Rolle einer Art Geschäftsministeriums begnügen würde, das die Entscheidung grundsätzlicher Fragen zurückstellt, sie Verhandlungen von Fall zu Fall überläßt. Wenn schon eine solche Lösung denkbar erscheint, ist auch kein Grund vorhanden, nicht gleich eine 4. Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, die Einbeziehung der Deutschnationalen in ein solches Geschäftsministerium, also eine Front von Scheidemann bis Hertel. Gleich der Deutschen Volkspartei wären auch die Deutschnationalen unter gewissen Voraussetzungen grundsätzlich dazu bereit.

Auf dem ersten Blick könnte eine solche Lösung auch wirklich etwas Bestehendes haben. Sie würde wohl parteipolitische Opfer von jedem der Beteiligten verlangen, dafür aber auch die Aussicht eröffnen, daß Parteileidenschaft und Haß im breiten Strom dieser Einheitsfront überleben, daß die Massen, die hinter diesen Parteien stehen, zusammengeführt werden könnten in dem einen großen Ziel gemeinsamer Arbeit für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes, hinter dem alle Gegenstände zurücktreten müssen. Wir stehen trotzdem nicht an, eine solche Lösung als die allerungünstigste zu bezeichnen. Was hier erreicht werden könnte, ist wohl ein Ziel auf's Innigste zu wünschen; vielleicht — vielleicht wird es aber auch ein Traüm bleiben, so gut wie alle die anderen Illusionen von Wählerverführung u. Wählerverführung, denen das deutsche Volk zum Opfer gefallen ist, und

wir haben an den zerronnenen Illusionen unserer Außenpolitik so schwer zu tragen, daß wir das Experiment innerpolitischer Illusionspolitik wahrlich nicht auch noch wagen können. Wir fürchten, daß der ganze Traum in Wahrheit nichts anderes wäre, als ein glänzendes Fiasko, nachdem inzwischen mit trübseligen Berufen auf der mittleren Linie fortbestehen, unersehliche Zeit verloren gegangen ist. Wir haben aber keine Zeit mehr zu verlieren, wenn das Verderben, das sich gewitternd über Deutschland zusammenzieht, anders noch aufgehalten werden soll. Die Vorzeichen des nahenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs sind kurzbar erweist, und wer nicht nur die Tatsache dieser Erscheinung auf sich wirken läßt, sondern auch den Ursachen nachgeht, der weiß, daß nur entschiedene und sofortige Abkehr von der heillosen Wirtschaft der Koalitionsregierung noch einen letzten Rettungsanker bietet. Ist aber dazu ein Geschäftsministerium imstande, dem jede Aktivität schon durch seine innere Unausgeglichenheit genommen ist? Die schrecklichen Folgen des Erbergerischen Steuerbilletantismus, der verderblichen Sozialisierungskunststücke, der Bohlenlegung der individuellen Intelligenz und Initiative, und nicht zuletzt der in den breiten Massen bewirkt großgezogenen Judikiosität und Begehrlichkeit, die sich jetzt und am meisten an den bedürftigen Arbeitermassen auszuwirken beginnen, lassen sich am allerwenigsten mit halben Maßnahmen, mit Kompromissen nach allen Seiten aus der Welt schaffen.

Nichts zeigt mehr die ganze Armlosigkeit des Parlamentarismus, als die bei den Erwägungen über die Neubildung der Regierung in den Vordergrund geschobenen parteipolitischen Bedenken. Angesichts der drohenden Katastrophe gibt es aber unseres Erachtens nur eine Lösung, gegen die es parteipolitische und andere Bedenken nicht geben darf, weil sie eben die einzige ist. Diese Lösung ist zugleich die allein demokratische, weil sie dem inneren Charakter des Volkswillens vom 6. Juni entspricht: die einer bürgerlichen Regierung. Der „Rud nach links“, der das eine Merkmal der Wahl ausmacht, ist in Wirklichkeit nur Verschiebung innerhalb der sozialistischen Parteien; wird aber bedeutungslos durch den Rückgang der sozialistischen Gesamtstimmen. Dieser Rückgang aber ist das Entscheidende; von einem „Rud nach links“ kann in Wahrheit gar nicht gesprochen werden, sondern nur von einer Niederlage der Gesamtsocialdemokratie, und damit steht durchaus im Einklang das gewaltige Anwachsen der nationalen, bürgerlichen Parteien. Der Volkswille, der bei der Wahl zum Ausdruck kam, ist durchaus einheitlich; er verlangt Abkehr vom Sozialismus und den sozialistischen Regierungsansätzen, bürgerliche, nicht sozialistische, nationale, nicht internationale Politik. Die sozialistische Wirtschaftspolitik, zu deren Mitteln sie sich Zentrum und Demokratie gemacht haben, hat uns in das wirtschaftliche Elend geführt, die bürgerliche soll uns wieder herausführen. Das ist der Sinn der Wahlen und nach diesem Gesichtspunkt hat sich auch die Regierungsneubildung zu vollziehen. Die Rechte allein verfügt über keine Mehrheit, aber sie ist vorhanden, wenn Zentrum u. Demokratie den Mut finden, außerhalb der Sozialdemokratie mit der Rechte eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. 268 bürgerliche stehen gegen 192 sozialistische Stimmen; eine solche Regierung ist arbeitsfähig, wenn gleich auch die 2/3 Majorität fehlt, die sich überhaupt bei keiner Kombination erreichen läßt. Das größte Opfer in ihr, das verhehlen wir uns nicht, werden die nationalen Parteien der bisherigen Opposition bringen, die vor einem Bankrott gestellt sind, den sie vorausgesehen haben und nicht aufzuhalten vermochten. Aber kein Opfer ist so groß, daß es nicht gebracht werden müßte — um des Vaterlandes willen.

Das Wahlergebnis für die R. P. D.

ABC. Die R.P.D. (Spartakusbund), die sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligt hatte, ist bei der jetzigen Reichstagswahl zum erstenmal mit eigenen Kandidaten an die Öffentlichkeit getreten. Das Ergebnis ist, wie von vornherein bemerkt sei, ein überaus klägliches. Es wäre für die Spartakisten selbst wahrlich vorteilhafter gewesen, wenn sie sich an den jetzigen Wahlen nicht beteiligt hätten, denn erst durch die Wahl ist es dem deutschen Volke klar geworden, wie unendlich klein die Zahl der Anhänger dieser Partei ist, die immer pulst, immer rumort und eine Sprache führt, als ob sie Millionen hinter sich hätte.

Ueber die Frage der Beteiligung an den Parlamentswahlen ist seit Gründung des Spartakusbundes auf jedem Parteitag ein äußerst erbitterter Kampf geführt worden. Auf dem Gründungsparteiabend, der Ende Dezember 1918 in Berlin tagte, wurde die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit 62 gegen 23 Stimmen abgelehnt, trotzdem Rosa Luxemburg und Paul Levi energisch für die Beteiligung der Partei an der Wahl eintraten, desgleichen der Kommunist Hecker, Chemnitz. Von Interesse ist es, daß Levi gegenwärtig die Meinung des Spartakusbundes in den Händen hat und Hecker nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen der einzige kommunistische Kandidat ist, der gewählt worden ist.

Der Heidelberger Parteitag vom Oktober 1919 stellte sich bereits bewußt einer grundsätzlichen Verneinung jeder

parlamentarischen Tätigkeit entgegen und der Berliner Parteitag vom April d. J. brachte dann einen vollständigen Sieg der Elemente, die für die Beteiligung an den Parlamentswahlen waren. Der Beschluß des Gründungsparteitages wurde für „einen schweren politischen Fehler“ erklärt und einstimmig beschlossen, sich an den kommenden Wahlen für den Reichstag zu beteiligen. Betont wurde jedoch, daß die Kommunisten in das Parlament als „Lobseinde des Parlamentarismus“ eingeschoben würden. Diese Stellungnahme entspricht ganz genau der Haltung der russischen Bolschewisten und den von der 3. kommunistischen Internationale gegebenen Direktiven. Die Kommunisten ziehen ins Parlament, nicht um mitzuarbeiten, sondern um die Arbeiten des Parlaments zu stören, um zu provozieren und Radikalen zu inspirieren, um für die „Diktatur des Proletariats“ und das Rädelystem Propaganda zu machen.

Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen haben die Kommunisten es auf insgesamt 328912 Stimmen in ganz Deutschland gebracht! Dies Ergebnis ist, wie eingangs schon bemerkt wurde, nur als kläglich zu bezeichnen. Es liegt in einem auffallend trassen Gegensatz zu den gewaltigen aufgewandten Mitteln, die in überreichlichem Maße aus Sowjetrußland geflossen sind, es liegt auch in auffallendem Gegensatz zu der dreifachen proklamierten Sprache, die von den verschiedenen „Roten Fronten“ vor der Wahl geführt wurde. Beweis verlangt eine sachliche Beurteilung des Wahlergebnisses, daß auch der Umstand in Betracht gezogen wird, daß die zu Ostern gegründete kommunistische Arbeiterpartei, die ja aus der parlamentarischen Opposition der R.P.D. hervorgegangen ist, in überaus geschickter Weise gegen die Wahlbeteiligung der Kommunisten einen leidenschaftlichen Kampf geführt hat. Erklärte doch die von Franz Pfeiffer geleitete „Aktion“, die im schärfsten Gegensatz zu der R.P.D. den sogenannten „Revolution“, steht, den Parlamentarismus für „maktierten weißen Schrecken“ und jeden Proletarier für „unwürdig“, der den „bürgerlichen Wahltrug“ mitmache und behauptete des weiteren, daß der Parlamentarismus nur „Arbeiterverräter“ schaffe und ohne ihn „Scheidemänner“ nicht denkbar seien. Aber selbst wenn man die starke Agitation der R.P.D. gegen die Beteiligung an den Reichstagswahlen in Betracht zieht, so muß doch gesagt werden, daß auch im Falle einer Beteiligung der R.P.D. an den Wahlen das Endergebnis nie und nimmer den Erfolg gehabt hätte, den sich Liebknecht u. Rosa Luxemburg im Dezember 1918, den sich Paul Levi und Clara Zetkin jetzt erträumt haben! Die Massen sind, Gott sei Dank, für den kommunistischen Wahnsinn nicht „reif“ und werden, wenn der Seelungsprozess des deutschen Volkes weiter andauert, trotz Millionen und Abermillionen russischen bolschewistischen Geldes, trotz der Heerde der fragwürdigen Elemente, für diesen Wahnsinn nie „reif“ werden. Wer aber glaubt, daß die Kommunisten nach dem Fiasko dieser Wahl ihre verderblichen Pläne aufgeben werden, der irrt sich gewaltig. Spartakus zieht nach eigenem Eingeständnis in das Parlament als Lobseind dieses Parlaments ein und hat seine Endziele nicht aufgegeben. Spitzing.

Der neue Reichstag.

Berlin, 10. Juni. Der neue Reichstag mit seinen 460 Abgeordneten wird, wenn man ihn seiner inneren Beschaffenheit nach zutreffend gruppiert, in drei große Gesamtgruppen zerfallen: Die Rechte, bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, christlich liberaler Fraktion, Bauernbund und Hamnoeraner, mit zusammen 156, die Sozialisten und Kommunisten mit 192 und die beiden eigentlichen bisherigen Mittelparteien Zentrum und Demokraten mit 112 Stimmen.

Die Lage hinsichtlich der Regierungsneubildung ist vorläufig unklar und wahrscheinlich wird auch in den nächsten Tagen eine Klärung noch nicht erfolgen. Zunächst müssen die am 6. Juni gewählten Abgeordneten in Berlin eintreffen und die Fraktionen müssen dann in offiziellen Sitzungen zu der Lage Stellung nehmen. Die Besprechungen, die einstweilen stattfinden, können natürlich nur vorbereitenden Charakter haben. Eine Partei sucht die andere zur Regierungsbildung aufzumuntern und entschuldigt ihre eigene Entschlossenheit mit ihrer Minorität. Eine Minderheitsregierung, wie sie in parlamentarisch regierten Ländern wie England und Schweden nicht ungewöhnlich ist, schreit den deutschen Parteien kein gangbarer Ausweg.

Heute vormittag traten die gegenwärtig in Berlin weilenden Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Besprechung zusammen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da man erst die Entschlüsseungen des Reichspräsidenten und die Stellungnahme der übrigen Parteien abwarten will. Es wurde betont, daß die Deutschnationale Volkspartei sich der positiven Mitarbeit in einem Koalitionskabinett selbst auf bester Grundlage nicht verschließen würde. Voraussetzung dafür wäre natürlich die Aufrechterhaltung der festliegenden deutschnationalen Grundzüge.

Die in Berlin weilenden Führer der Deutschen Volkspartei hielten heute mittig gleichfalls wieder eine



Besprechung ab. An der Stellungnahme der Partei hat sich nichts geändert. Von maßgebender Seite wird uns gegenüber nochmals betont, daß beide Parteien sich der Mitarbeit nicht verschließen würden, jedoch sind sie unter allen Umständen gewillt, an ihren Hauptgrundfragen festzuhalten.

Die Deutsche Volkspartei macht den Eintritt in das Kabinett von einigen bestimmten formulierten Forderungen abhängig. Der „Tag“ berichtet darüber: Die Deutsche Volkspartei wird verlangen, daß nach Spa a wirkliche Staatsmänner und keine Parteimänner einberufen werden, und daß nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten registriert wird, daß das Beamtenamt von der Politik verstanden bleibt, und daß die Staatsautorität wieder hergestellt wird. Diese letzte Forderung kann nach der Ansicht der Führer der Deutschen Volkspartei nur erfüllt werden, wenn für die Zuverlässigkeit unserer Reichsverwaltung Vorkehrungen getroffen sind.

Die Zentrums-Parlamentskorrespondenz schreibt zu der Frage der Regierungsbildung: Die einzige Möglichkeit, die für eine Regierungsbildung besteht, ist die, daß die bisherige Mehrheit oder Teile von ihr unter Hinzuziehung anderer Parteien eine neue Regierung bilden. Andernfalls tritt eine letzte Möglichkeit ein: das wäre die Auflösung des neu gewählten Reichstages, denn wenn sich keine tragfähige Regierung bilden kann, dann ist das Parlament arbeitsunfähig und hat seinen Beruf verfehlt. Eine Regierungsbildung aus den bisherigen Mehrheitsparteien unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei ist allerdings nur dann möglich, wenn die Deutsche Volkspartei nicht Bedingungen stellt, die zu erfüllen die Mehrheitsparteien oder auch nur ein Teil von ihnen nicht in der Lage sein werden. Sicher ist anscheinend, daß das Zentrum gegen einen Zusammenstoß nach rechts hin keine Einwendungen zu erheben hat.

Die beiden anderen Koalitionsparteien wollen dagegen davon nach wie vor nichts wissen. Die Demokraten erklären, daß sie sich unter keinen Umständen von den Mehrheitssozialisten trennen würden und diese wiederum, daß sie für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei keineswegs zu haben seien. Sie scheinen vielmehr ihr Verbleiben in der Regierung von dem Eintritt der Unabhängigen abhängig machen zu wollen, wozu diese indessen auch heute nicht die geringste Neigung verspüren.

Graf Westarp gewählt!

Berlin, 9. Juni. Wie mangelhaft selbst die amtliche Berichterstattung ist, zeigt sich u. a. daran, daß noch heute obend keine Zeitung weiß, daß eine so markante deutschnationale Führerpersönlichkeit wie der Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Graf Westarp tatsächlich gewählt ist. Im Charlottenburger Kreise hat nämlich die deutschnationale Volkspartei in Wahrheit 120 222 Stimmen erhalten, so daß dort nicht nur, wie bisher gemeindet, der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, Wulle, sondern auch Graf Westarp ein Mandat erhalten hat. Die Deutschnationalen werden mithin insgesamt mit 66 Mitgliedern im neuen Reichstag vertreten sein.

Erzberger will verzichten??

Berlin, 9. Juni. Eine Meldung aus Fulda, deren Quelle leider nicht näher bezeichnet wird, besagt: Erzberger will alsbald nach der Reichstagsöffnung sein Mandat niederlegen, falls seinem Eintritt in die Zentrumskommunikation erhebliche Schwierigkeiten bereitet würden. Er setze das Parteinteresse über das persönliche und wolle nicht großem Beifall stehen. (Die Meldung wird man vollends in Anbetracht des Beschlusses der württembergischen Zentrumspartei mit mehr als einem Fragezeichen versehen müssen. Möglicherweise ist sie nichts anderes als ein Erzberger'scher Reklametrug, um auch noch die Blotzle oder Beiseidenheit um seine Stirn zu wunden, obwohl er im Ernst nicht an Verzicht denkt. D. S.)

Zur Bildung des neuen Reichskabinetts.

Berlin, 10. Juni. Im Verlauf des gestrigen Tages hatte Reichspräsident Ebert längere Besprechungen mit dem Reichstagsführer Hermann Müller und später mit dem Vizekanzler Dr. Koch. Zunächst dürfte, wie bereits gemeldet, mit der Bildung eines neuen Kabinetts Hermann Müller beauftragt werden, der sich zuerst an die Unabhängigen wendet und sie zum Beitritt in die bisherige Koalition auffordert wird. Nach den Presseäußerungen der radikalen Dinken zu urteilen, wird er dabei auf eine ablehnende Haltung stoßen. Inzwischen wird eine solche Anfrage bei den Unabhängigen vor Ablauf der Woche keine Erlebigung finden können, weil die zuständigen Persönlichkeiten dieser Partei selber nicht in der Lage sein werden, eine solche Anfrage entgegenzunehmen. Die maßgebenden Führer sind zurzeit noch nicht in Berlin. Dagegen trifft heute der Chef der Zentrumspartei, Trimborn, von Köln in Berlin ein, um mit seinen Parteifreunden zu beraten. Eine unerbittliche Besprechung der demokratischen Minister und der in Berlin weilenden demokratischen Abgeordneten fand gestern nachmittag bei dem preussischen Handelsminister Fischel statt.

Eine Entschließung des schlesw. Provinziallandtags.

Kiel, 9. Juni. Der Provinziallandtag hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Entwurf des Vertrags betreffend die Abtretung Nordschleswigs schafft eine sowohl aus nationalen wie aus wirtschaftlichen Gründen unzulässige Grenze. Er enthält außerdem eine Reihe von Bestimmungen, die Deutschland neue in Versailles Friedensvertrag nicht vorgesehene Lasten auferlegt. Der Provinziallandtag verlangt, daß die Reichsregierung diesen Vertrag ablehnt und sich zur Erfüllung der Forderungen der Entente nur insoweit bereit erklärt, als sie den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages entsprechen.

Der Vertragsentwurf über Nordschleswig.

Berlin, 10. Juni. Nach der „Vossischen Zeitung“ verläutet in Flensburg, daß die Reichsregierung bei der Abgabe der ihr gestellten Frist sich außer Stande gesehen habe, zu dem Vertragsentwurf über Nordschleswig bis zum 10. Juni endgültig Stellung zu nehmen. Sie habe beim großen Rat in Paris um Fristverlängerung bis zum 20. Juni gebeten.

Polonisierung Oberschlesiens.

Oppeln, 9. Juni. Die interalliierte Kommission hat beschlossen, diejenigen Beamten der Sicherheitspolizei, die nicht Oberschlesier sind, aus Oberschlesien auszuweisen. Für diesen Fall wollen auch die aus Oberschlesien bestehenden Beamten der Sicherheitspolizei Oberschlesien verlassen, weil sie von dem Terror der Polen das Schlimmste befürchten müssen. Mit einem Schlage würde so Oberschlesien der polnischen Gewalt ausgeliefert, weil die neu zu gründende Sicherheitspolizei in der Hauptsache aus Mitgliedern der Sotoloreine entnommen werden würde. Die Rekrutierung von Mitgliedern dieser Vereine für die neue Sicherheitspolizei wird bereits jetzt von der polnischen Plebiszitkommission und den ihr untergeordneten Organen vorgenommen.

Aus der ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 9. Juni. Nationalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Abgeordnete Huszar, alle Parteien stimmten darüber überein, daß im Lande Ordnung und Sicherheit herrschen und Aufschwünge, sowohl von links wie von rechts energig unterdrückt werden müßten. Der Reichsverweier und die Nationalarmee müßten Hüter von Recht und Ordnung sein. Ein Offizier der Nationalarmee, Oberleutnant Fehes, habe eine Erklärung politischer Natur veröffentlicht, in der er von einer ihm unterstellten Organisation spreche und Beschuldigungen gegen die Nationalversammlung erhebe. Das sei ein unmöglicher Zustand. Entweder sei die Regierung imstande, noch heute Ordnung zu schaffen oder sie habe morgen ihre Existenzberechtigung verloren. Innenminister Soos erklärte, der schuldige Offizier werde im Sinne der Kriegsgesetze bestraft werden. Er habe die weitgehendsten Verfügungen zur Sicherung der Ordnung getroffen. Der Ministerpräsident versprach, den Fall Fehes nötigenfalls durch den parlamentarischen Ausschuss in jeder Richtung untersuchen zu lassen.

Die deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, 9. Juni. Am 10. ds. Mts. begibt sich eine Kommission der deutschen Regierung unter Führung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt von Stockhamern nach Prag um dort die vor einiger Zeit in Berlin mit Regierungsvertretern der Tscheco-Sonafel begonnenen Verhandlungen über eine Regelung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen tunlichst zu einem Abschluß zu bringen.

Württembergische Politik.

Württ. Minister über die politische Lage.

Stuttgart, 9. Juni. Der Chefredakteur der Württembergischen Zeitung legte den württembergischen Ministern Fragen über die politische Lage vor, wie sie durch den Ausfall der Wahlen geworden ist. Es wurde dabei nach dem Fortbestand der Koalition, nach der Umbildung der Regierung, nach der Haltung der Parteien und nach einer verschiedenen Regierungsbildung im Reich und in Württemberg gefragt. Der württ. Staatspräsident Blos betonte in seiner Antwort, er halte die Koalitionsmehrheit für befestigt und tragfähig, weil die drei Parteien so lange miteinander gearbeitet hätten. Das Zentrum werde an der Koalition festhalten. Die Frage der Umbildung der Regierung werde sich nach dem Zusammentritt des neuen Landtags, der verfassungsmäßig 16 Tage nach der Wahl geschehen müsse, entscheiden, wobei er als Alterspräsident auszutreten habe. Von den Verhältnissen im Reich seien wir nicht abhängig. Außenminister Dr. Fieber wies auf die 4 Volksparteien hin. Er könne sich nicht denken, daß sie sich grundsätzlich zur Opposition schlagen. Das Zentrum hätte Anspruch auf eine stärkere Vertretung, die Sozialdemokratie sei mit drei Ministern und dem Befehlen zu stark an der Regierung beteiligt. Wegen der Kirchen- und Schulfrage werde das Zentrum nicht zum Anschluß nach rechts veranlaßt werden. Es sei dringend erwünscht, diese Fragen noch mehr aus dem politischen Kampf herauszuschleusen. Daß Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam in die Opposition treten sei nicht wahrscheinlich. Eine rein bürgerliche Regierung hätte wohl noch mehr Schwierigkeiten, als eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Daß besondere Schwierigkeiten zu erwarten wären, wenn die neue Regierung in Württemberg etwa anders zusammengesetzt wäre als im Reich, glaubt Dr. Fieber nicht. Finanzminister Dieckhoff wies darauf hin, daß die Rechte und das Zentrum ebenfalls 55 Stimmen (55), wie die Koalitionsparteien hätten und eine Zufallsbestimmung die Regierung beteiligen könnte. Kirche und Schule würden in nächster Zeit eine bedeutende Rolle nicht spielen. Wünschenswert sei, daß auch die Sozialdemokratie an der bisherigen Koalitionspolitik festhalte. Auch bei selbstloser Teilnahme an der Regierung werde unter den gegenwärtigen Umständen eitel Unaband geerntet. Veränderungen in der Regierung seien nicht ausgeschlossen, es sei aber politisch unklar, ja geradezu staatsgefährlich, wenn die Arbeiterschaft von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen werde. Justizminister Holz schätzte aus: Ob nach dem Ausfall der Wahlen der Fortbestand der Koalition im Reich, den ich für politisch zweckmäßig halte, möglich sein wird, ist noch nicht zu übersehen. Für Württemberg gibt es zwei Möglichkeiten: entweder Fortbestand der Koalition oder Bildung einer bürgerlichen Regierung aus Bauernbund, Bürgerpartei und Zentrum. Die Frage ist nun: Ist die Koalition erweiterungsfähig? Das möchte ich verneinen. Das Zentrum kann „niemals“ mit den Unabhängigen in der Regierung sein. Eine Erweiterung nach rechts scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten und Demokraten. Die Regierung muß ein reines Geschäftsministerium sein und sich vorwiegend auf wirtschaftliche u. finanzielle Aufgaben beschränken, muß sich um die Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung und überhaupt um Sparsamkeit bemühen. Eine andere Koalition kann dem Zentrum in einem Falle aufgedrängt werden, wenn nämlich versucht werden sollte, in den Schul- u. Kirchenfragen über unsere Grundzüge hinwegzugehen. Wir würden dagegen das Neueste, bis zum Volkstumschick, einsetzen. Wie die Haltung der Sozialdemokratie sein wird, muß abgewartet werden.

Der neue Alterspräsident.

Stuttgart, 10. Juni. Der Alterspräsident des neuen Landtags ist nicht Staatspräsident Blos, sondern Oberstudienrat Dr. Gschlaß von der Deutschen Volkspartei.

Eingehen des „Beobachter“.

Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet: „Der demokratischen Partei Württembergs droht ein empfindlicher Verlust. Ihr vieljähriges Parteiorgan, der „Beobachter“, ist in so große finanzielle Schwierigkeiten geraten, daß sein Eingehen nach den Wahlen auf den 1. Juli beabsichtigt ist.“ Daß das im 90. Jahrgang erscheinende demokratische Parteiorgan unter den bekannteren Blättern Württembergs das erste Opfer der ungeheuren Papiervermehrung würde, konnte doch nicht erwartet werden.

Stuttgart, 9. Juni. In der Meldung der „Neuen Züricher Zeitung“, daß infolge finanzieller Schwierigkeiten das demokratische Parteiorgan „Der Beobachter“ auf 1. Juli eingehen, erfahren wir, daß ein Beschluß irgendwelcher Art in dieser Frage nicht vorliegt. Finanzielle Schwierigkeiten hat zur Zeit die gesamte mittlere und kleinere Presse zu überwinden, weil die Papierpreise, Rohmaterialien und Arbeitslöhne derart gestiegen sind, daß nur mit Verlust gearbeitet werden kann.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 11. Juni 1920.

* **Übertragen** wurde eine Oberrealschule in der Laten- und Realschule in Ragold dem Hilfslehrer Dr. Friedr. Breeschneider an der Oberrealschule in Ludwigsburg.

* **Sitzung des Gemeinderats.** Bei dem Punkt: Vorbereitung von Notstandsarbeiten wies Herr Stadtschultheiß Mater darauf hin, daß verschiedene Bedenken auch ohne Arbeitslosigkeit dringend nötig seien, und demgemäß auch entsprechend in die Hand genommen werden müßten. Herr Oberbürgermeister gab an Hand von Plänen dem Gemeinderat Ausschluß über drei von ihm vorgelegene Wegbauten und empfahl sofortige Inangriffnahme, da man mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen habe. Es wird beschlossen, daß der Gemeinderat zunächst die Projekte beschließen soll. Im Anschluß hieran wird die Aufstellung von Wegwarten genehmigt, die aber keinen Beamtencharakter erhalten sollen, sondern lediglich den ortsüblichen Lohnzuschlag für Vorarbeiter. — Die Anschaffung eines Sauerstoffapparates sowie zweier „Weißgreifer“ für die Feuerwehre wird ausgesetzt. — Die Verhandlungen mit dem Ragolder Fußballclub sind nun spruchreif geworden. Die Kommission hat zusammen mit dem Verein einen Pachtvertrag entworfen, der einstimmig die Genehmigung der Gemeindevertretung findet. — Das Rahnfahren auf der Ragold wird auf die Eingabe eines Fischereibesitzer hin eingeschränkt, und zwar darf künftighin im Frühjahr und Herbst nur bis 9 Uhr, im Sommer bis 10 Uhr abends gerudert und dabei nie der obere Sieg überschritten werden. — Der katholischen Kirchengemeinde wird 7 Meier Strohholz zu billigem Preis abgegeben. — Der Lehrerschaft wird sibirischerleins ein angemessener Vorzuschlag auf den neuen Besoldungsstarif bewilligt. — Ein Antrag des Stadtbauamts auf Einstellung einer sachmännlichen Hilfskraft wird zurückgestellt. — Die Frage des Wohnungseinbaus im „Albie“ wird der Kommission zur Vorbehandlung überwiesen an Hand der im allgemeinen für zweckmäßig befundenen Pläne des Stadtbauamts. — Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr.

* **Schwarze Chronik.** Wie im neuen Staate die Arbeitsleistung entlohnt wird, dafür bringt der „Verwaltungsbeamten“, das Organ des Vereins Württ. Verwaltungsbeamten, folgende Beispiele vom oberen Redar: Monsieur pro Monat 1500 M, Harmonikamoder 900—1000 M, Oberamtssekretär, verheiratet, 720 M, Schreibfremden, 22 Jahre alt, 658 M, Verwaltungspraktikant, 26 Jahre alt, 528 M, Gehilfe, 20 J. alt, 428 M. Bezüglich der Schreibfremden sind einmal ein erstes Wort an Platz; die Leistungen sind vielfach mittelmäßig und den mittleren Beamten gegenüber glauben sie mit der Beste des besonderen Schichttags der Ober entgegenzutreten zu dürfen.

* **Reichsnotopfer.** Die große Abgabe von Vermögen wird demnächst veranlagt und erhoben. Die Meinung, daß nach dem Ausfall der Wahlen zum Reichstag das Gesetz wieder zurückgenommen werde, ist völlig unbegründet. Die Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer werden seit 1. Januar ds. J. verzinst. Wer bis zum 30. Juni 1920 Barzahlung leistet, braucht für je 100 M nur 92 M hinzugeben, wer vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 barzahlt, nur 96 M. Wieviel die Vermögensabgabe etwa ausmacht, kann jeder selbst ausrechnen, wenn er weiß, welches Vermögen er am 31. Dezember 1919 hatte. Davon bleiben 5000 M, bei Ehegatten regelmäßig 10000 M, und wenn 2 oder mehr Kinder da sind, für das zweite und jedes weitere Kind je weitere 5000 M steuerfrei. Der Rest des Vermögens ist zu versteuern. So viele Kinder da sind, so viel mal 5000 M dieses Restes sind mit 10% zu versteuern, der Uberschuß nach dem Hundertsatz, der für den ganzen Rest nach dem Tazt anzusetzen wäre. Für die Gesellschaften beträgt die Steuer schließlich 10% des Reinvermögens nach Abzug des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals, für die juristischen Personen anderer Art und Vermögensmassen 10% ihres gesamten Vermögens nach Abzug der Schulden. Sie werden daher noch leichter als die natürlichen Personen in der Lage sein, die Steuer selbst zu berechnen.

* **Zur Telefonkündigung.** In einem Artikel „Telephonkündigung“ war davon die Rede, daß die Postverwaltung gegenüber den Teilnehmern, die die erhöhten Gebühren nicht bezahlen wollen, vertragsmäßig zur Einhaltung der dreimonatlichen Kündigungsfrist verpflichtet sei. Diese Behauptung ist unzutreffend. Nach § 9 Abs. 2 der für das Vertragsverhältnis zwischen der Postverwaltung u. den Teilnehmern maßgebenden Bestimmungen für die Fernsprechanstaltungen unterwirft sich derjenige, der eine Fernsprecheinrichtung benützt, ohne Rücksicht auf die Vertragsdauer, den freiwilligen von der Verwaltung festzusetzenden Tarifbestimmungen. An sich wäre also die Postverwaltung berechtigt, von sämtlichen Fernsprechteilnehmern die Bezahlung der ab 1. Juli erhöhten Gebühren zu verlangen und es den Teilnehmern zu überlassen, die Anschlüsse auf 1. Oktober zu kündigen. Wenn daher diejenigen Teilnehmern, die die erhöhten Gebühren nicht bezahlen wollen, das Recht eingeräumt wird (§ 4 des Gesetzes betr. Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen vom 5. Mai 1920) ihre Anschlüsse bis zum 15. Juni 1920 zum 30. Juni 1920 zu kündigen, so bedeutet dies keinen Vertragsbruch, wie der Verfasser des Artikels sich ausdrückt, sondern eine den Fernsprechteilnehmern eingeräumte Vergünstigung.

Letzte Nachrichten.

Keine Kandidatur Eberts mehr?

Berlin, 11. Juni. Der U.N. will von unterrichteter Seite gehört haben, daß der Reichspräsident Ebert nicht von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren beabsichtige.

Rücktritt der sächsischen Regierung.

Berlin, 10. Juni. Laut „Abend“ tritt infolge des Ausfalls der Reichstagswahlen die sächsische Regierung zurück.

Frühverlängerung für den Schleswig-Vertrag.

Berlin, 11. Juni. Von zuständiger Stelle wird bestätigt, daß die deutsche Regierung um eine unbefristete Verlängerung der Annahmefrist für den Schleswig-Vertrag nachgesucht hat.

Der Prophet.

Berlin, 10. Juni. Der seltsame Reichstagsler und jetzige Oberbürgermeister in Rastfel, Scheidemann, sollte in der Stadtverordnetenversammlung eine Erörterung über die notwendige Bildung der neuen Regierung mit den Worten angeregt haben.

Englische Stimmen zu den deutschen Wahlen.

Amsterdam, 10. Juni. „Daily News“ schreiben zu dem Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen: Wenn die Alliierten in Spaa unumgängliche Forderungen stellen, wie man sie schließlich aus Frankreich hört, wird jede deutsche Regierung, die nichts als dieses Wahlergebnis hinter sich hat, binnen eines Tages verschwinden.

Krise in der bergischen Industrie.

Berlin, 11. Juni. Der B. L. A. meldet aus Köln, in Solingen werde zur Lage der bergischen Industrie von unterrichteter Seite berichtet, daß die Arbeitseinstellungen zunehmen und die Aufträge ausbleiben.

Künstlerpech.

Berlin, 6. Juni. Nach dem Verl. Bot. Anz. meldet der „Neuwe Courant“, daß der Versto eines Berliner Diebes in den letzten Tagen eine Kaffette mit kostbaren Juwelen raubten.

Unsere Kriegsschiffe.

Amsterdam, 10. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, werden das Flagggeschiff „Ohrisland“, der kleine Kreuzer „Frankfurt“ und 3 ehemals deutsche Zerstörer Mitte Juli nach den Vereinigten Staaten übergeführt werden.

Unsere Truppen in der neutralen Zone.

Berlin, 10. Juni. Wir erfahren von zuständiger Stelle: Vom 10. Juni ab liegen in der 50-Kilometerzone, wie von der Entente bestimmt, nur noch 10 Bataillone, 5 Schwadronen und 1 Batterie.

Abhebung der Konferenz von Spa?

Paris, 11. Juni. „Journal des Debats“ erklärt, daß man in diplomatischen Kreisen mit der Möglichkeit zu rechnen scheint, die internationale Finanzkonferenz von Brüssel entgegen den bisherigen Bestimmungen vor der Konferenz von Spa abzuhalten.

Kabinettskrise in Oesterreich.

Wien, 11. Juni. Die Sozialdemokratische Korrespondenz veröffentlicht ein Communiqué, wonach die Gegensätze zwischen den Sozialisten u. den Christlich-Sozialen sich namentlich durch die Forderung der christlich-sozialen großdeutschen Koalition an den Staatssekretär für Heereswesen, daß der Erlass über die Vertrauensmänner der Soldaten zurückgezogen werde, so verschärft haben.

Was geht in Ungarn vor?

Budapest, 10. Juni. Das Ung. Korr.-Bur. meldet: Der Reichsverweser gab bereits vor fünf Tagen den Mitgliedern der Regierung den Wunsch bekannt, die Regierung möge im Interesse der Sicherheit der inneren Ordnung die notwendigen energischen Verfügungen treffen.

Eine neue Entennotiz in Vorbereitung.

Paris, 10. Juni. Nach dem „Journale“ bereiten die Alliierten gegenwärtig eine äußerst energische Note vor, die Deutschland alle Verletzungen des Versailler Vertrags, die es bis jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht begangen hat,

in Erinnerung ruft. Die Deutschen gelangen in der Tat durch Verletzung verschiedener Konzeptionen dazu, ihre früheren Verbündeten und die Neutralen zum Schaden der Sieger zu begünstigen.

Sturm im tschechischen Parlament.

Prag, 11. Juni. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es während der Rede des slowakischen Abgeordneten Juriga zu großem Tumult. Juriga kritisierte scharf die tschechische Vorherrschaft in der Slowakei und erklärte, daß seine Partei auf Grund des Pittsburg-Vertrags auf der weitestgehenden Autonomie für die Slowakei bestehe und diese auch für Böhmen, Mähren und Schleswig verlange.

Erzherzog Karl.

Wien, 10. Juni. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Meldung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlautet, Erzherzog Karl habe sich an die Entente-Regierungen mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten.

Fischer statt Lloyd George.

London, 11. Juni. Neuer glaubt zu wissen, daß der Unterrichtsminister Fischer an Stelle des Ministerpräsidenten Großbritannien bei der am 14. Juni in London stattfindenden Sitzung des Völkerbundsrats vertreten wird.

Schaffung eines irischen Gerichtshofes.

Amsterdam, 10. Juni. Laut „Times“ beschloß die englische Regierung, einen Gesetzentwurf über die Schaffung eines Gerichtshofes in Irland einzubringen, der untersuchen soll, ob gegen verdächtige Personen hinreichende Verdachtsmomente vorliegen.

Die englisch-russischen Handelsverträge.

Osaka, 10. Juni. Einem Londoner Bericht des „Newspaper“ zufolge wird halbamtlich gemeldet, daß die Schwierigkeiten die der sofortigen Wiederaufnahme des Handels zwischen England und Rußland im Wege stehen, jetzt beseitigt sind.

Ein Engländer über Rußland.

Rotterdam, 10. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Newspaper“ sagte der Führer der englischen Arbeiterabteilung, die die russischen Zustände untersucht hatte, u. a. nach, die Bolschewisten hätten zugegeben, daß während der Schreckenszeit ungefähr 6500 Menschen hingerichtet worden seien.

Natürliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Trocken und warm.

Ämtliche Kurse

Table with exchange rates for various banks and currencies, including Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B., and others.

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B. Erledigung aller im Bankfach schlagenden Geschäfte. Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

Magob. 3714

Fahrnis-Versteigerung.

Am Samstag den 12. ds. Mo., nachmittags 1/3 Uhr versteigere ich im Gasthaus z. Döfen folgende Gegenstände:

- 1 Wajstisch, 2 kleine Tisch-, 1 Küchentisch, 1 Küchenbank fast neu, 1 Nachttisch, 1 Küchenkasten, 5 Stühle, 1 Sportwagen, 1 Bettlade, 1 Küchenkonsole und allgemeiner Hausrat; alles noch wie neu, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Advertisement for Retorten, Bügelkohlen, and Schweine, featuring an image of a pig and contact information for Berg & Schmid and Gottlieb Schwarz.

Fragmentary text on the left edge of the page, including words like 'kreativ', 'so große', 'nach', 'das in', 'gan unter', 'ste Opfer', 'desh nicht', 'Neuen', '1. Juli', 'her Art in', 'steiten hat', 'zu über', 'Arbeits-', 'gearbeitet', '820', 'le an der', 'Friedr.', 'burg.', 'nt: Vor-', 'schultheiß', 'auch ohne', 'mäßig auch', 'den. Herr', 'meinderat', 'outen und', 'e größeren', 'offen, daß', 'sol. Im', 'partien ge-', 'en sollen', 'orarbeiter', 'die zweier', 'n. - Die', 'sind nun', 'nimen mit', 'innig die', 'Das Rahm-', 'Fischer-', 'im Früh-', 'bis 10 Uhr', 'beschritten', '7 Meter', 'Betracht', 'den neuen', 'bauamts', 'rd zurück-', 'Röfle', 'an an Hand', 'Pläne des', '6 1/2 Uhr', 'die Ar-', 'waltungs-', 'beamten', 'des Monat', 'stefreide', '655 A.', 'Behilfe, 20', 'e einmal', 'nd vielfach', 't glauben', 'Eysf ent-', 'Bemögnen', 'ung, daß', 'das Geleg', 'ndet. Die', 'ben seit 1.', 'Juni 1920', 'A hingu-', 'barzahl', 'ausmacht', 'elches Ver-', 'bleiben 2', 'wenn 2', 'des weitere', 'des Ber-', 'ab, so viel', 'teuern, der', 'angen Rest', 'halten be-', 'gens nach', 'als, für die', 'massen 10%', 'den Sie', 'ersonen in', 'itel Tele-', 'Bostormal-', 'Gebühren', 'altung der', 'Diese Ver-', 'für das', 'den Zell-', 'Zernsprech-', 'mpreschein-', 'dauer, den', 'tatsbestim-', 'berechtigt', 'ung der ab', 'den Zell-', 'er zu hin-', 'die erhöh-', 'eingekauft', 'ersprechge-', 'u 15. Juni', 'dies keine', 'ausdrück', 'umte Ver-

Amtliche Bekanntmachung.

Vertr. Einmachzucker.
Der Einmachzucker kommt in nächster Zeit zur Verteilung. Diejenigen Gefäßhalter, welche das auf 31. Mai ds. Jh. fällige Eierablieferungsoll nicht erfüllt haben, werden hiermit wiederholt aufgefordert, ihrer Ablieferungspllicht Folge zu leisten, andernfalls denselben laut Erlass der Landesversorgungsstelle Stuttgart vom 1. Juni 1920 unweigerlich der Einmachzucker entzogen wird.

Die (Stadt-)Schultheißenämter wollen alsbald, spätestens jedoch bis 20. ds. Mts. namentliche Listen der künftigen Gefäßhalter unter Angabe der Personenzahl der Haushaltung dem Oberamt vorlegen. Sobald diese Listen hier aufliegen, erfolgt die Einmachzuckerzuweisung. Fehlanzeigen sind erforderlich. 2718

Nagold, den 10. Juni 1920. Oberamt: Wlna.

Verordnung über das Inkrafttreten der Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 359).

Auf Grund des § 58 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 359) in der Fassung des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 428) wird hiermit bestimmt:

Die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn treten mit dem 25. Juni 1920 in Kraft.

Berlin, den 21. Mai 1920.
Der Reichsminister der Finanzen.
(geg.): Dr. Wirth.

Jeder Arbeitnehmer hat sich alsbald von der Gemeindebehörde seines Wohnortes oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen.

Altensteig, den 12. Juni 1920.
Finanzamt: R. Dr. Fitz.

Nachdem die Motor sirene auf dem alten Kirchturn angebracht ist, werden folgende

Feueralarmzeichen

- eingeführt:
- bei einem Brand in der Stadt ist die Sirene ununterbrochen tätig mit einigen Anschwellungen und Abschwächungen;
 - bei Brandfall auswärts finden Unterbrechungen statt mit völligen Pausen.

Nagold, den 10. Juni 1920. 2715
Stadtschulth.-Amt: Raier.

Stadtgemeinde Nagold. Brennholz-Abfuhr

vor Bezahlung des Kaufpreises an die Stadtpflege ist verboten!

Zusicherungen gegen die allg. bekannten städt. Verkaufsbedingungen werden vom Gemeinderat mit einer Vertragsstrafe bis zu 20 M geahndet. 2717
Stadtpflege: Benz.

Mein schwarzer Schäferhund

auf den Namen „Bello“ gehend, hat sich verlaufen. 2682
Der Finder desselben wird gebeten, ihn gegen Belohnung zurückzugeben. Vor Ankauf wird gewarnt.
H. Kaufer, Kalkwerk, Nagold.

Verlaufen gelber Dachshund,

hat sich mein 2725
trägt auf dem Kopf eine Narbe, geht auf den Ruf „Walle“. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben gegen Belohnung b. Amisdiener Martini, Emmingen.

Nagold, 2722
Wir empfehlen von neuer Sendung:
Conservierte Erbsen fein,
feinstes Apfelsmus mit Zucker
feinste Essiggurken,
alles in 1 Kgr. Weiblich.
Berg & Schmid.

ABDA

Allgemeine Beleh- und Privat-Darlehens-Anstalt Kommanditgesellschaft
Jannstr. 27
Lahr i. B. (Edelestr. 80.
Betriebsstr. 497.
Tel. Betriebsamt: ABDA, Lahr i. B.

Finanzierungen, Beleihungen, Privat-Darlehen.
Zahlreiche Empfehlungen nachweislich. Ratsch., verschwiegen, angenehme Geschäftsabwicklung.

Rosen

empfehlen
C. Hollender, Nagold.

Die guten roten Gummiringe

der Firma Weck Öflingen sind wieder in ausreichenden Mengen zu haben, und zwar in Nagold 2677

nur bei Berg & Schmid.

Sämtliche Gummiringe der Firma Weck Öflingen tragen das Marken- und Firmen-Schutzwort
WECK

Verleiht sofort

jung. thätigem Geschäftsmann
1500 Mk.
geg. gute Sicherh. 2702
An wen? sagt die Geschäftsstelle des Bl.

Wer leiht einem jungen Geschäftsmann 4000 Mark?

An wen, sagt die Geschäftsstelle des Blattes. 2674

Verkaufe am Sonntag vormittag 1 bereits noch neues

Fahr-Rad

mit Freilauf, tadellos im Zustand mit neuer Verriehung. Anzusehen bei 2712
Lubm. Schmid, Rottfelden.

Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß Anmeldungen der aus England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen spätestens bis 15. Juni 1920 erfolgen müssen. 2707

Für ordnungsmäßige Erledigung der Meldungen bis nach 15. Juni einlaufen, kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Meldungen nur um einwandfrei festgestellte Kriegsgefangene, nicht aber um Vermisste handelt. Etwaige Meldungen wären sofort, hierher einzureichen. Nagold, den 9. Juni 1920.

Bezirks-Fürsorgestelle.

Cigaretten Cigaretten

Echten Nordhäuser Kautabak

empfehlen
Cigarren-Spezialgeschäft
Otto Steegmüller
Nagold.

Tabake Pfeifen

Altensteig.

Empfehle mich im 2726

Schleifen und Reparieren

von: Taschenmessern, Schemen, Haarschneidmaschinen
Spezialität:
Rasiermesser jeder Hohlung usw.
Für saubere Arbeit wird garantiert.

Fr. Roller, Messerschmiede und Hohlmeißelerei.

Rundstäbe zu verkaufen

in Weichholz 1 bis 2 Meter lang, 22/25/28/40 mm stark zu Rechenstiel, Besenstiel, Schuppendstiel, Rouleauanfängen, sowie 1000 Stck

geschlitzte Zaunstecken,

1,30 Meter lang, und

Sägmehl

zu billigstem Preis
2683

Weik & Deuble, Holzwarengeschäft, Wildberg.

Achtung! Ausschneiden!
An- und Verkäufe von Grundstücken und Liegenschaften aller Art vermittelt rasch
Otto Luz, Badnang
Hilfsstraße 33.
2574

Vereinigter Lieder- u. Sängerkreis Nagold.



Am Sonntag den 13. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr
veranstaltet der Verein in der Seminarturnhalle ein

KONZERT

Mitwirkende: H. Konzertsänger Konzelnmann-Stuttgart (Bariton),
H. Hauptlehrer Riehl (Klavier),
der Männerchor und das Doppelquartett des Vereins.
Leitung: H. Hauptlehrer Grieb.

Abends von 8 Uhr ab findet in der „Traube“ eine gesellige Zusammenkunft statt.

Hiezu sind die verehrl. aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen.

NB. An Nichtmitglieder können noch eine Anzahl Eintrittskarten zu 2,50 Mk. abgegeben werden.

2625 DER VORSTAND.

2723 Rottfelden, 10. Juni 1920.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester

Katharina Bühler geb. Dingler

nach schwerem Leiden im Alter von 62 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Johannes Bühler
Maria Bühler geb. Bühler
Katharina Köhler geb. Bühler
Christian Bühler, Hauptlehrer
Jakob Bühler.

Beerdigung Samstag, 12. Juni, 1 1/2 Uhr.

2724 Rottfelden, 9. Juni 1920.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn und Bruder

Friedrich

heute mittag 2 Uhr nach schwerer Krankheit im 26. Lebensjahr, sanft entschlafen ist.

Die schwergeprüften Eltern:
Georg Venerle, Bauer und Frau
Marie geb. Fagnacht,
die Geschwister: Jakob und Katharine.
Beerdigung: Samstag mittag 1 Uhr.

Kurse am 10. Juni 1920 mitgeteilt durch die

Gewerbebank Nagold e. S. m. b. H. in Nagold.

5/16 Deutsche Reichsanl. 1.-9. Kriegsanl. 79.80	4/16 Frankl. Hypoth.-Kreditver. 109.75
4/16 dgl. v. 1918 unk. 1925 74.20	4/16 Rheininger Hypoth. S. 2, 6, 7, 8, 9, 11-15 160.50
3 1/2 dgl. 68.90	4/16 Rhein. Hypoth. Bk. 101.25
3/16 dgl. 65.80	4/16 Würt. Hypoth. Bank 104.-
3/16 I. Dtsch. Schöpfungsg. 99.90	3/16 dgl. kbb. A-D . 98.-
4/16 Bab. Anleihe 85.50	u. K-N 94.-
3 1/2 dgl. v. 1900	3 1/2 dgl. dgl. ab 1912, 1915 89.20
Edb. ab 1905	4/16 Würt. Archidirekt. 105.50
4/16 Württemberg, k. 1915 1921 u. 1935 88.-	
3 1/2 dgl. v. 1875 93.-	
3 1/2 dgl. v. 1879/80	
1885/90 79.75	
3 1/2 dgl. v. 1881/83	
Ldt. L-O 74.50	
3 1/2 dgl. von 1900 (1903 ff) 75.-	
3/16 dgl. von 1890 74.50	
Pfandbriefe.	
4/16 Frankl. Hypoth. Bank 109.50	4/16 Darmstädter Bank 154.50
3 1/2 dgl. 91.-	Deutsche Bank 283.-
	Diskontogesellschaft 200.-
	Dresdner Bank 171.50
	Bad. Anilin- u. Sodaabrik 435.-
	Halmier Motoren 222.-
	Chilinger Pulverfabrik 204.-